

# Nie wieder ist jetzt!



Foto: Stephanie Handtmann

## Inhalt

### Hintergrund

- Lithiumabbau in Argentinien – 2/3 –
- Weltsozialforum in Kathmandu – 4 –
- Wahlen in Frankreich – 5 –
- Handelsmacht China – 8 –

### Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –
- Aktiv
- Globaler Klimastreik – 9 –
- Tax the Rich – 9 –

### Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

### Kiosk

- Neuer Attac-Basistext – 11 –

Es hätte zweifellos noch schlimmer kommen können: Zumindest in Dänemark, Schweden und Finnland gab es bei den Europawahlen keine Zuwächse bei den Rechtsradikalen, sondern Freude eher im linken Spektrum. Aber kann uns das – angesichts der Stärke der rechtsextremen und faschistischen Parteien im EU Parlament – wirklich trösten? Und verbreitet die Sitzverteilung im französischen Parlament wirklich einen Hoffnungsschimmer, obwohl die Le Pen-Partei mit 37 Prozent als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen ist?

Umso wichtiger ist es also, weiter aktiv daran zu arbeiten, die rechtsextremen Parteien zu delegitimieren und ihnen den öffentlichen Raum streitig zu machen. Es ist großartig, dass sich mehr als vier Millionen Menschen seit Januar 2024 an Aktionen gegen rechts beteiligt haben. Attac unterstützt viele Aktivitäten, die dazu beitragen, diese Haltung und die Bereitschaft zum antifaschistischen Widerstand zu verbreitern und zu verstetigen. Bundesweit ist Attac Teil

von »Aufstehen gegen Rassismus«, Mitglied des Bündnisses »Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für alle.«, unterstützt die Kampagne »Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!« und war bei der Organisation von Aktionen zivilen Ungehorsams gegen den AfD Parteitag in Essen (»Widersetzen«) dabei. Darüber hinaus sind viele Regionalgruppen in örtlichen Bündnissen engagiert.

Dabei ist es uns wichtig, nicht nur die AfD zu bekämpfen. Fast alle Parteien im Bundestag fördern die Rechtsentwicklung – durch entsprechende Narrative und vor allem durch ihre Politik, insbesondere zur Migration, aber auch zum Beispiel zu Versammlungsrecht und Militarisierung.

Allerdings: Einige linke Kreise behaupten, wie auch ursprünglich von der AfD lanciert, dass die Bewegung gegen rechts von der Regierung »orchestriert« sei. Sie wolle mit dem Fingerzeig auf die AfD von den eigenen Taten ablenken. Diese Perspektive teilen wir nicht,

sondern halten sie sogar für gefährlich: Sie ist zum einen arrogant, respektlos und ignorant gegenüber den an den Aktionen beteiligten Menschen und Initiativen, die ja in ihren Diskussionen über die Rechtsentwicklung sehr wohl über die AfD hinausblicken. Zum anderen verharmlost sie die AfD, eine inzwischen von Faschist\*innen geführte Partei, und verkennt die realen Gefahren, die vielen Menschen wie Migrant\*innen, FLINTA\*, Menschen mit Behinderung, allen von Rassismus Betroffenen, politischen Gegner\*innen drohen, wenn die AfD auf staatliche Machtmittel zugreifen kann.

Wir sollten den Fehler, nicht zwischen demokratischen, autoritären und faschistischen Formen kapitalistischer Herrschaft zu unterscheiden, nicht wiederholen. Das hat sich schon einmal als Verhängnis erwiesen.

**Annette Schnoor** ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und aktiv in der Attac-AG gegen rechts.

## Lithiumabbau in Argentinien

## Auf dem europäischen Radar

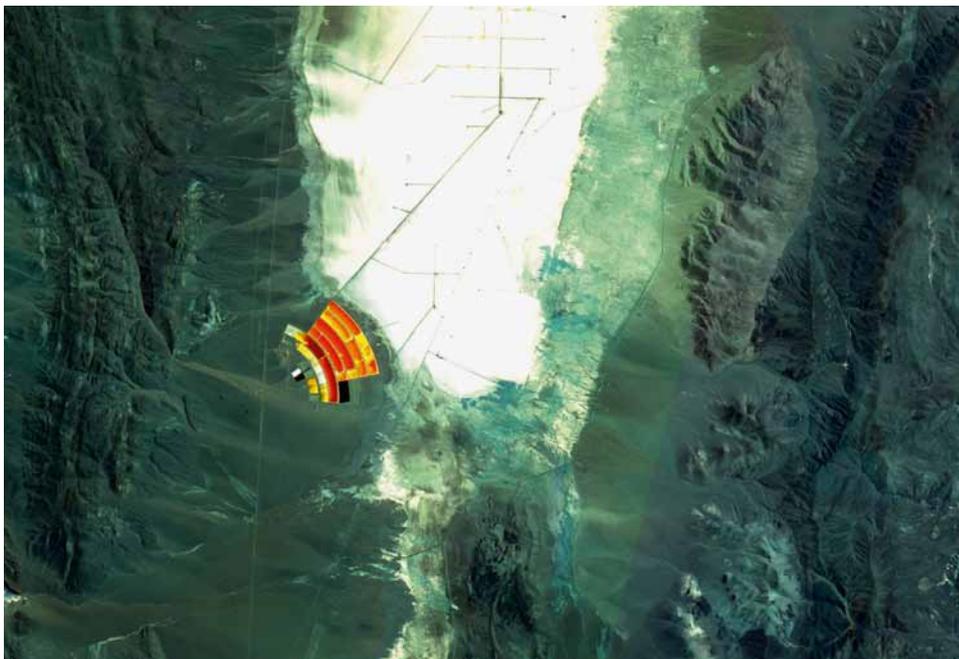
Anfang des Jahres hat Attac sich gegen das EU-Chile-Abkommen stark gemacht. Ein Schwerpunkt der Kritik waren dabei die Schäden an Mensch und Umwelt, die durch den durch das Abkommen intensivierten Lithiumabbau entstehen. Leider gibt es das Abkommen jetzt trotzdem. Du lebst in Argentinien und bist dort gegen den Lithiumabbau aktiv. Dabei kritisiert ihr auch das Mercosur-Abkommen. Welche Auswirkungen hätte es auf den Lithiumabbau?

Im Februar 2024 empfing die EU-Kommission eine argentinische Delegation der neuen Regierung von Javier Milei in Brüssel, die ihr Interesse an strategischen Partnerschaften in den Wertschöpfungsketten kritischer Materialien bekundete. Zuvor hatte die EU-Kommission im Jahr 2019 ein wirtschaftliches Abkommen mit dem Mercosur unterzeichnet. Die Projekte im Mercosur umfassen Programme der Energiewende, der Produktion von grünem Wasserstoff, der digitalen Infrastruktur und insbesondere der Gewinnung und Industrialisierung von Lithium. Das Abkommen zielt darauf ab, die Lieferkette dieses Minerals zu konsolidieren, das als elementar für die Elektrifizierung der Automobilindustrie gilt.

Bislang wurde das Abkommen noch nicht umgesetzt. Es verspricht Unternehmen viele Vorteile, aber was ist mit den Gemeinden, was mit den Umwelthaftungen? Der Lithiumabbau in Südamerika hat bereits zu schwerwiegenden Umweltschäden am Grundwasser sowie zur Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung indigener Gemeinschaften geführt, ohne dass deren Rechte oder internationale Konventionen respektiert werden. Die Umweltvorschriften in Europa und Südamerika sind nicht gleichwertig und nicht streng genug. So begünstigt und fördert das Abkommen transnationale Investitionen in Bergbauprojekte, die die empfindlichen Ökosysteme, in denen das Lithium abgebaut wird, bedrohen.

### Wie ist der Widerstand gegen den Lithiumabbau in Argentinien organisiert?

Siebenundsechzig Prozent der weltweiten Lithiumreserven befinden sich im so genannten Lithiumdreieck, das aus Bolivien, Chile und Argentinien besteht. In unserem Land ist das Mineral in Catamarca, Salta und Jujuy konzent-



Lithiumabbau in Argentinien im Salar de Olaroz, Foto: Coordenação-Geral-de Observação da Terra/INPE

riert. Als »weißes Gold« wird der lithiumhaltige Boden der indigenen Gemeinschaften in dieser Gegend bezeichnet. Sie organisieren sich seit dem Lithiumboom in unserem Land, um die Schäden aufzudecken, die er dort verursacht. Wir erfassen und systematisieren seit mehr als zehn Jahren die Schäden, die auf unterschiedlichen Ebenen entstehen – sozio-ökologisch, territorial, aber auch in der Art und Weise, wie versucht wird, einen einseitigen Diskurs über Entwicklung und Fortschritt durchzusetzen. Es gibt viele Formen von Widerstand: Sie reichen von juristischen Auseinandersetzungen über Volksbegehren bis hin zu Straßenblockaden und sind Teil der Roadmap sozialer Kämpfe, die ökologische und politische Alternativen zum hegemonialen Diskurs von Modernität und Entwicklung bieten.

Im März 2024 hat die indigene Gemeinde Atacameños del Altiplano in Antofagasta de la Sierra (Catamarca, Argentinien) eine gerichtliche Verfügung erwirkt, die neue Genehmigungen für Projekte in Planung untersagt. Ein symbolträchtiger Fall, da in dem Urteil auch gefordert wird, dass eine kumulative und umfassende Umweltverträglichkeitsstudie über die Entwicklung der tödlichen Bergbauaktivitä-

ten im Salar del Hombre Muerto durchgeführt wird und die indigene Gemeinschaft unabhängig, im Voraus und in Kenntnis der Sachlage konsultiert wird.

### Welchen Problemen begegnet ihr derzeit?

Die Art und Weise, wie Lithium gewonnen wird, basiert auf einer Matrix ungleicher Aneignung und ungleichen Verbrauchs, auf dem Rücken von Menschen, deren ökologischer Fußabdruck einen verschwindend kleinen Teil eines durchschnittlichen ökologischen Fußabdrucks im Globalen Norden ausmacht. Dem Versprechen von Vorteilen für wenige werden ganze Landstriche geopfert, und die Fortsetzung einer Mobilitätspolitik, die auf dem Individualverkehr basiert, wird festgeschrieben.

Es geht auch um Wasser. Die Ökosysteme der Hochanden, in denen Lithium abgebaut wird, sind empfindlich, Wasser ist dort knapp. Und wir wissen bereits: Lithiumabbau ist Wasserabbau. Die nicht wiedergutzumachenden Schäden sollen finanziell entschädigt werden – die Wiedergutmachung des Nichtwiedergutmachbaren.

Es gibt viele ökologische und soziale Herausforderungen in einer Gesellschaft, die Gemein-



Foto: atac.de

güter nur als Ressourcen betrachtet; im Falle Argentiniens kommt eine rechtsextreme Regierung mit dem Glauben an unbegrenztes Wachstum dazu. Wie die USA versucht auch die EU, ihren Zugang zu den Rohstofflieferketten zu sichern, ohne das mit konkreten Zielen zur Begrenzung der Gesamtnachfrage und des Verbrauchs von Rohstoffen in der EU zu verknüpfen. Gleichzeitig erkennt die Europäische Union die ökologische Schuld gegenüber Lateinamerika immer noch nicht an, und das Abkommen fördert eine neue Verschuldung durch Kredite.

#### Was kann die Zivilgesellschaft in der EU die Initiativen gegen den Lithiumabbau unterstützen?

Das erste Stichwort ist Degrowth; wir müssen uns intensiv mit der Debatte über das Verbrauchsniveau, nicht nachhaltige Lebensstile im Rahmen einer globalen ökosystemischen Krise und den Asymmetrien zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden auseinandersetzen. Die Unterstützung von Initiativen gegen den Lithiumabbau bedeutet, die Folgen des Extraktivismus für die betroffenen Gebiete, die Verletzung der Menschenrechte und die Ver-

schlimmerung der sozio-ökologischen Schäden öffentlich zu verurteilen.

Es gibt viele Dinge, die soziale Organisationen, Initiativen und indigene Gemeinschaften gerade jetzt tun. Dazu gehört der »Ökosoziale Pakt des Südens«, mit dem Kräfte gebündelt werden sollen. Er ist eine Aufforderung an die Gesellschaft, sich selbst zu organisieren, um Veränderungen in den Institutionen durchzusetzen, indem sie Verteilungsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, ethnische Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit fordert. Wir müssen über einen sozial-ökologisch gerechten Übergang sprechen. Wir müssen aufhören, in einer extraktivistischen Matrix zu denken. Anstatt weiter Fördermethoden in den Fokus zu nehmen, müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir das Lithium in den Feuchtgebieten belassen können – »Lasst das Öl in der Erde«.

Wir müssen uns die Idee der Fürsorge für alle Lebensformen zu eigen machen, die uns der Feminismus, insbesondere der Ökofeminismus und der kommunitaristische Feminismus, gelehrt hat – den Pakt zwischen den Generationen. Die Fürsorge für Wasser, Land, Tiere, für traditionelle Lebensweisen und Pflege des Territoriums.

#### Was sollten die EU und progressive Parteien tun, um die Nachfrage nach Lithium zu senken?

Breite Dialoge initiieren und die Agenda der Elektromobilität in Frage stellen. Wir brauchen radikalere Debatten: Wir müssen mehr über Konsum diskutieren und die lokale Produktion von Lebensmitteln und Dingen, die wir zum Leben brauchen, erhöhen. Wir müssen den Warentransport reduzieren, die Agrarökologie zurückholen, die urbane Landwirtschaft fördern. Außerdem brauchen wir neue Strategien für die Mobilität: keine Autos mehr bauen, sondern auf öffentliche Verkehrsmittel setzen.

Und wir müssen über ökologische Schulden im Sinne der Umweltgerechtigkeit sprechen. Diejenigen, die mehr Ressourcen verbrauchen, schulden den anderen etwas. Die Realität erlaubt uns nicht, über faire Handelsverhältnisse zu sprechen, denn das Verhältnis zwischen Europa und Lateinamerika ist nach wie vor kolonial geprägt. In Bezug auf Abkommen und die Stärkung der Stimme der indigenen Gemeinschaften muss die Europäische Union auf die Einhaltung der Erklärung der Vereinten Nationen und das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation bestehen. Diese Regeln stellen die Achtung der Menschenrechte sicher und stärken insbesondere das Recht der indigenen Völker, ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Projekten auf ihrem Territorium zu geben oder zu verweigern. Es müssen alle notwendigen Mechanismen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Rechte der indigenen Völker und Gemeinschaften, die dort seit Urzeiten leben, respektiert werden.

Wir müssen die schleichende Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen in den Blick nehmen, die auf verschiedenen Ebenen zu weiterer Gewalt führen: Von Repression über parteiische Justiz und territoriale Enteignung bis hin zu subtileren Formen der Gewalt wie der Stigmatisierung derjenigen, die für ihre Rechte kämpfen, der patriarchalen und der kulturellen Gewalt.

**Debora Cerutti** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei CONICET (National Scientific and Technical Research Council) und feministische Fotojournalistin in Argentinien. Sie arbeitet zu Fragen der Lithiumförderung unter anderem im Projekt »Constelaciones de la Puna«.

50.000 Menschen beim Weltsozialforum in Kathmandu

## Von Nepal nach Benin

Das Wichtige zuerst. Auch 2026 wird es wieder ein Weltsozialforum (WSF) geben, denn: »Das WSF 2024 in Kathmandu hat gezeigt, dass die globale Zivilgesellschaft immer noch eine starke Stimme hat,« sagte Netra Timsina, Mitglied des nepalesischen Organisationskomitees, »Es gibt immer noch eine lebendige Stimme, die sich gegen Völkermord, Krieg, Klimakatastrophe, Populismus und soziale Ungleichheit ausspricht.«

Rund 50.000 Menschen aus aller Welt waren Mitte Februar in die Hauptstadt Nepals zum 17. Weltsozialforum gekommen und hatten mit ihrem politischen Engagement und ihrer offenkundigen Bereitschaft zur weltumspannenden Kooperation die Mitglieder des Internationalen Rats des WSF ermutigt, die 2001 im brasilianischen Porto Alegre begonnenen Treffen der sozialen Bewegungen fortzusetzen. Der Rat beschloss, dass das nächste WSF 2026 im westafrikanischen Benin stattfinden wird, und folgte damit dem Vorschlag einer Koalition von 300 afrikanischen Organisationen. Die Phase der Stagnation dieser Treffen durch die Pandemie scheint damit überwunden.

Während des fünftägigen Treffens in Kathmandu wurden in über 400 Veranstaltungen zu 13 zentralen Themen diskutiert, darunter Gemeinwirtschaft, Migration, Diskriminierung, Gender, Kultur, Krieg und Frieden, Klimawandel, Rechte indigener Gruppen, Menschenrechte.

Am Tag vor der Eröffnung des WSF sandte UN-Generalsekretär António Guterres eine Gruß- und Solidaritätsbotschaft: »Das Weltsozialforum stellt einen wichtigen Raum dar, um Stimmen Gehör zu verschaffen, sich auf die Schwächsten zu konzentrieren, neue Hoffnung zu geben und innovative Lösungen für den Planeten zu finden.« Guterres verteidigt das »Zusammenstehen für das Gemeinwohl« als grundlegende Notwendigkeit in »einer Zeit eskalierender Konflikte und zunehmender geopolitischer Spaltungen«.

Die Eröffnungsveranstaltung begann mit einem aufrüttelnden Appell Walden Bellos: »Wir stehen alle vor einer Klimakatastrophe. Wir leben im neoliberalen Kapitalismus, obwohl er sich in all seinen Annahmen als falsch erwiesen hat,« sagte der renommierte philippinische Wissenschaftler und Verfechter der Rechte des Globalen Südens. »Wir erleben den globalen Aufstieg des Faschismus, eines Faschismus, der eine Gruppe von Menschen unter die Herrschaft einer anderen Gruppe von Menschen stellen will,« sagte Bello.



Foto: Hugo Braun

Es folgte die traditionelle Demonstration durch das Zentrum der gastgebenden Stadt, in diesem Jahr Kathmandu, einer Stadt mit rund fünf Millionen Einwohnern. Einige Gruppen trugen lange Transparente, während andere Teilnehmer\*innen bunte, handgeschriebene Schilder hochhielten, auf denen sie ihre Forderungen zu Themen wie Schuldenerlass, Kampf gegen Kastendiskriminierung und die Rechte von Landarbeitern verkündeten.

Bei diesem Treffen im Herzen Asiens gab es natürlich eine starke lokale und regionale Präsenz, insbesondere aus Nepal selbst und aus dem benachbarten Indien, und dabei vor allem aus den am stärksten marginalisierten Gruppen wie den Dalits (die Kaste der Unberührbaren), Bäuerinnen und Bauern, vielen feministischen Basisaktivistinnen, Gewerkschafter\*innen und aus historisch marginalisierten indigenen Völkern. Als »einen Hauch von frischer Luft« kommentierte eine Teilnehmerin die starke Präsenz junger Menschen, insbesondere auch der 750 Freiwilligen, die die Logistik des Treffens unterstützten. Insgesamt waren die nicht-asiatischen Teilnehmergruppen deutlich unterrepräsentiert: wenige Europäer\*innen und Nordamerikaner\*innen, und fast keine Vertretung aus Afrika.

Von den zahlreichen Verabredungen und Aufrufen sei stellvertretend der von dem belgischen Historiker und Aktivisten Eric Toussaint über die wachsende Gefahr des Aufstiegs der extremen Rechten in verschiedenen Teilen der Welt

hervorgehoben. Er betont die Notwendigkeit, eine breite internationale Front zu bilden, um ihr entgegenzutreten und auch über das WSF hinaus neue Formen der gemeinsamen und solidarischen Mobilisierung zu suchen. Anregungen, die wir auch bei Attac in Deutschland gern aufnehmen!

**Hugo Braun** ist aktiv in der Attac-AG Internationales und vertritt Attac im Internationalen Rat des WSF.

### Was ist das WSF?

Das WSF entstand 2001 mit dem ersten Treffen in Porto Alegre. Attac Deutschland ist mit einem Sitz im Internationalen Rat des WSF vertreten. Es versteht sich als »offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen.«

## Wahlen in Frankreich

## Da war ja was



Foto: Noa Neumann

Frankreich hat Anfang Juli gewählt, und auch wenn das mittlerweile durch das olympische Spektakel und andere tagesaktuelle Geschehnisse in den medialen Hintergrund gedrängt wurde, bleiben die Geschehnisse rund um die Wahlen aktuell und sollten uns auch in Deutschland interessieren.

Die Parlamentswahlen in Frankreich, die am 30. Juni und 1. Juli stattfanden, bedeuteten schließlich neun Millionen Stimmen für eine Partei, die von SS-Angehörigen gegründet wurde. Andererseits heißt das Ergebnis aber auch: Fast genauso viele Stimmen gingen an ein Bündnis, das von der radikalen Linken bis zum ehemaligen Präsidenten François Hollande reicht, der bei Linken zurecht sehr unbeliebt ist.

Eigentlich hatte Frankreich ja gerade erst gewählt. Im Sommer 2022 fanden die Wahlen für die letzte reguläre Nationalversammlung statt, aus der sich eine Regierung geprägt von Macron-Unterstützer\*innen bildete. Macron bewies seit 2022 aber vor allem eines: Wie liberale Politik schnell zum besten Freund der extremen Rechten werden kann und deren Wahlerfolge mit erkämpft.

Nach der EU-Wahl im Juni löste er das Parlament auf, in der Hoffnung, sich durch Neuwahlen eine stärkere gesellschaftliche Unterstützung sichern zu können. Aber statt stärkerer Unterstützung für Macron brachte diese Wahl vor allem einen weiteren Aufschwung für die extreme Rechte und großer Sorge für viele Menschen, die in Frankreich leben.

Für migrantische, queere (also lesbische, schwule, trans und viele weitere) oder behinderte Menschen in Frankreich waren die Wochen vor der Wahl geprägt von Angst. Unsicherheit, ob man bei einem Wahlsieg der Rechtsextremen in Frankreich bleiben könnte, Angst, mit mehr Anfeindungen konfrontiert zu werden oder keinen Zugang mehr zu notwendiger medizinischer Versorgung (insbesondere für trans Personen oder behinderte Menschen) zu bekommen. Und auch nach der Wahl bestätigt das Ergebnis eine allgemeine Unsicherheit, die marginalisierte Gruppen seit Jahren spüren.

Wenn von Regierungsmitgliedern und Macron selbst rassistische, transfeindliche oder ähnliche Aussagen kommen, zeigt das, dass das liberale Establishment längst die Sprache, Rhetorik und Inhalte der Rechtsextremen übernommen hat. So kann zum Beispiel das im Frühjahr beschlossene Zuwanderungsgesetz als Erfolg für das rechtsextreme Rassemblement National (RN) verstanden werden, da es nicht wenige seiner Forderungen zum Gesetz macht. Und auch andere rassistische, autoritäre oder queerfeindliche Aussagen und Taten der Macron-Regierung zeigen, dass der »Sozial-Liberalismus«, mit dem Macron bei seinem ersten Wahlkampf warb, nur eine Fassade ist.

Neben allen beängstigenden Entwicklungen zeigt Frankreich aber auch, wie rechtsextreme Wahlerfolge abgemildert und bekämpft werden können. Zur Parlamentswahl schlossen sich linke Parteien von der radikalen Linken bis zur

linken Mitte zusammen, um den RN zu stoppen. Das Bündnis, das sich nach seinem historischen Vorbild als »Neue Volksfront« bezeichnet, schaffte es schließlich in beiden Wahlgängen auf den zweiten Platz und konnte viele Wahlkreise gewinnen. Zudem brachte es in den Wochen vor den Wahlen tausende Menschen auf die Straße, die gegen rechts demonstrierten und zeigten, dass Antifaschist\*innen selbst in rechten Hochburgen präsent und laut sind.

Insgesamt hat der französische Wahlkampf vor allem zwei gegensätzliche Pole offensichtlich werden lassen: auf der einen Seite eine gesellschaftliche Linke, die sich in der Krise verbündet, und auf der anderen Seite ein liberales Lager, das um jeden Preis an der Macht bleiben will und dafür sogar eine rechtsextreme Regierung riskiert.

Doch auch nach der Wahl bleibt die politische Lage Frankreichs instabil: Präsident Macron weigerte sich, zeitnah eine\*n neue\*n Premierminister\*in zu benennen und somit den Weg zur Regierungsbildung freizumachen. Für Macron stand seit Ende Juli vor allem die Inszenierung rund um die Olympischen Spiele im Mittelpunkt, da wäre ein\*e neue\*r Regierungschef\*in als Medienthema wohl ungünstig gewesen – Stabilität des Landes hin oder her.

Schließlich scheinen für viele Menschen in Frankreich die Wahlen schon wieder lange her und die eigentliche Debatte rund um die Regierungsbildung auf nach der Sommerpause verschoben zu sein. Doch Anlass zur politischen Auseinandersetzung gibt es trotzdem: Seien es die Millionen Staatsgelder, die in die Reinigung der Seine für die Olympischen Spiele versenkt wurden, die Studierenden, die aus demselben Grund aus den staatlichen Wohnheimen ausziehen mussten, oder auf der anderen Seite die Eröffnungszeremonie, welche für manche Konservative einen weiteren Anlass für Kulturkampf bot. Die politischen Probleme in Frankreich bleiben aktuell, auch wenn sie zeitweise von den Olympischen Spielen überlagert wurden.

Für marginalisierte Menschen heißt das, dass ihre Sicherheit und Rechte erneut für unwichtig befunden wurden und erst zum nächsten Wahlkampf wieder als Diskussionsthema hervorgeholt werden, wenn es darum geht, Wählerstimmen zu gewinnen.

**Noa Neumann** studiert in Frankreich und Deutschland und ist aktiv bei der Attac-AG Internationales und bei Junges Attac.



»Stoppt den Eiertanz«-Aktion für die sofortige Einführung eines Klimageldes vor der SPD-Parteizentrale in Berlin  
Foto: Stephanie Handtmann



Tax the Rich: Adbusting-Aktion in Marburg für eine gerechte Besteuerung Superreicher, Foto: attac.de

## Rückblick

6. Mai 2024

### Protest vor den Ampel-Parteizentralen: Stoppt den Eiertanz!

Aus Protest gegen die Verschleppung des Klimageldes durch die Ampelkoalition haben Aktivist\*innen von Attac kurzzeitig den Zugang zur Parteizentrale der FDP erschwert. Unter dem Motto »Stoppt den Eiertanz – 290 Euro Klimageld jetzt!« führten sie einen satirischen Eiertanz vor dem Eingang des Dietrich-Genscher-Hauses auf. Trotz vorheriger Einladung war niemand der FDP bereit, mit den Aktivist\*innen zu sprechen und eine verbindliche Aussage zur Einführung des Klimageldes zu machen. Auch vor den Geschäftsstellen von Grünen und SPD präsentierten die Aktiven den »Eiertanz«, doch auch dort scheute man das Gespräch über das Klimageld.

23. Mai 2024

### Neuer Attac-Basistext: Demokratie in Gefahr? – 75 Jahre Grundgesetz

Seit dem 23. Mai 1949 regelt das Grundgesetz das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland. 2024 feiert das Grundgesetz seinen 75. Geburtstag – das bietet Anlass für eine kritische Bestandsaufnahme. Die Enthüllungen durch das Recherche-Kollektiv Correctiv Anfang des Jahres, dass Politiker\*innen der AfD Millionen von Menschen vertreiben wollen, führte zu massiven Protestwellen gegen rechts und rassistisches Gedankengut. Seitdem diskutieren Rechtsexpert\*innen und die demokratische Zivilgesellschaft, wie eine autoritäre Wende in der Bundesrepublik zu verhindern ist. Zum 75. Geburtstag des »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« beleuchten und diskutieren Andreas Fisahn, Kristina Hagmeister, Ridvan Ciftci, Melanie Engels und Hände Yazıcıoğlu einige Entwicklungen und

Fragen in diesem Kontext.  
Mehr Informationen siehe Seite 11.

1. Juni 2024

### Fake-Plakate in Marburg: Vermögensberatung? Umverteilen!

Mit einer Adbusting-Aktion anlässlich der Attac-Sommerakademie in Marburg kritisierten Aktivist\*innen die Deutsche Vermögensberatung (DVAG) und warben für eine gerechte Besteuerung Reicher und eine Umverteilung von Vermögen. Sie brachten in einer nächtlichen Aktion satirisch verfremdete Werbeplakate im Stil der DVAG in zahlreichen Schaukästen in Marburg an. Mit den Plakaten kritisiert Attac die ungerechte Verteilung großer Vermögen auf Wenige und zu geringe Steuersätze für Superreiche. Bereits am Vortag hatten Attac-Aktive vor der Niederlassung der DVAG deutlich gemacht, wie sie zu Vermögen beraten würden: »Tax the Rich« (»Besteuert die Reichen!«) empfahlen sie auf großen Texttafeln.

7. Juni 2024

### Neuer Attac-Basistext: Globalisierungskritik neu denken!

Sicher zu sagen ist es nicht, wie es mit der Globalisierung weitergeht. Denn Geschichte ist menschengemacht und damit offen. Aber wir können einschätzen, wie eine mögliche Entwicklung aussehen könnte und welche gesellschaftlichen Kräfte positiven Einfluss für eine bessere Welt nehmen könnten. Der Basistext beginnt mit einer Utopie, die einen Tag im Jahr 2035 beschreibt: Wie würde unser Leben aussehen, wenn es gelänge, weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit – beides ist nur zusammen denkbar – im globalen Maßstab durchzusetzen? Die Publikation beschäftigt sich mit den Strukturen und Profiteuren der Globalisierung und beleuchtet mögliche Ansatzpunkte für Lösungen und solidarisch-

emanzipatorische Interventionen wie auch Attac sie anstrebt.

Mehr Informationen:  
[shop.attac.de/basistext-60-globalisierungskritik-neu-denken](https://shop.attac.de/basistext-60-globalisierungskritik-neu-denken)

17. Juni 2024

### Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot jetzt!

In den letzten Wochen haben sich Engagierte aus der Zivilgesellschaft, von Beratungsstellen, Aktivist\*innen, gewerkschaftliche Aktive, Klimabewegte und Menschen, die seit Jahren antifaschistische Politik machen, in einem Bündnis für ein Verbot der rechtsradikalen Partei Alternative für Deutschland (AfD) zusammengeschlossen. Attac ist Teil davon und fordert mit dem Bündnis die Bundesregierung und den Bundesrat auf, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.

Mehr Informationen:  
[afd-verbot.jetzt](https://afd-verbot.jetzt)

20. Juni 2024

### Bezahlbare Mobilität für Jung und Alt!

Das Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, in dem auch Attac mitarbeitet, schließt sich den Forderungen der Kampagne »Bus & Bahn für alle« des ökologischen Verkehrsclubs VCD und der Arbeiterwohlfahrt AWO an. Gemeinsam fordern die Verbände eine Preisstabilität für das 49-Euro-Ticket. Ergänzend dazu braucht ein stabiler ÖPNV aber auch gute Arbeitsbedingungen und eine sichere Finanzierung durch den Ausbau- und Modernisierungspakt von Bund, Ländern und Kommunen.

26. Juni 2024

### »Bundeszentralamt« zahlt endlich Klimageld aus

Mit einer Aktion vor dem Gebäude der Bundespressekonferenz in Berlin hat Attac seine



Aktive von Attac verteilen als Beamt\*innen des neu gegründeten »Bundeszentralamts für Klimageld« Gutscheine für die Auszahlung eines Klimagelds, Foto: attac.de



Attac bei den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD, Foto: Stephanie Handtmann

Forderung nach der sofortigen Auszahlung eines Klimageldes erneut in die Öffentlichkeit getragen: Aktivist\*innen in Anzügen traten als Beamt\*innen des neu gegründeten »Bundeszentralamts für Klimageld« vor der Bundespressekonzferenz auf, um die Öffentlichkeit über den vermeintlichen Regierungsbeschluss zur sofortigen Einführung eines Klimageldes zu informieren. Neben Informationsmaterial verteilten die Aktiven von Attac auch Gutscheine für die sofortige Auszahlung eines Klimageldes.

und Unterschriften gesammelt haben, hat die Initiative einen gewaltigen Schub erlebt. Für eine erfolgreiche Initiative müssen in mindestens sieben EU-Staaten dabei eine Mindestanzahl an Unterschriften erreicht werden. In Deutschland sind das 67.680 Stimmen – diese Zahl wurde nun überschritten. EU-weit ist das Ziel aber noch nicht erreicht, denn es müssen zum einen die Quoren in weiteren Ländern erfüllt, zum anderen EU-weit mindestens eine Gesamtzahl von einer Million Unterschriften gesammelt werden. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist Anfang Oktober 2024 gilt es deshalb, noch so viele Unterstützer\*innen wie möglich zu gewinnen. Mehr dazu auf Seite 9.

Mehr Informationen:  
[pro-human-camp.org/en](https://pro-human-camp.org/en)

## Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

### #isso-Webinar

26. August: Kapitalismus am Limit  
23. September: Arbeitszeitverkürzung  
Alle Informationen:  
[attac.de/webinare](https://attac.de/webinare)

20. September  
**Globaler Klimastreik**  
Siehe Seite 9.

Bis 9. Oktober 2024  
**Gemeinsam für ein gerechtes Steuersystem in Europa – jetzt unterzeichnen!**

Attac unterstützt die Initiative »Tax the Rich«, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen und Mittel für den ökologischen und sozialen Wandel sowie für die Entwicklungszusammenarbeit aufbringen soll. Bis zum 9. Oktober 2024 können Unterschriften gesammelt werden. Mehr dazu auf Seite 9. Informationen und unterschreiben:  
[attac.de/tax-the-rich](https://attac.de/tax-the-rich)

11. – 13. Oktober  
**Herbstratschlag**  
Der Herbstratschlag 2024 findet in Frankfurt am Main in der örtlichen Waldorfschule im Stadtteil Dornbusch statt. Die Neuwahlen des Attac-Koordinierungskreises und -rats stehen an. Mehr Informationen:  
[attac.de/ratschlag/herbstratschlag-2024](https://attac.de/ratschlag/herbstratschlag-2024)

**Alle Termine:**  
[attac.de/veranstaltungen](https://attac.de/veranstaltungen)

29. Juni 2024

### Gemeinsam laut und widerständig gegen den AfD-Bundesparteitag

Am letzten Juniwochenende hielt die rechtsradikale Alternative für Deutschland (AfD) in der Essener Grugahalle ihren jährlichen Bundesparteitag ab. Gegen das Treffen der AfD in Essen protestierten 70.000 Menschen – darunter viele Aktive von Attac. Am Morgen eröffneten zahlreiche Kundgebungen und Sitzblockaden des Aktionsbündnisses »Widersetzen« mit tausenden Menschen an zehn verschiedenen Orten in der Stadt den Aktionstag gegen die AfD. So verzögerte sich der Beginn des Parteitags um rund eine halbe Stunde. Bei der Großdemonstration »Gemeinsam laut«, die Attac mit einem eigenen Lautsprecher-Wagen und Demo-Block unterstützte, protestieren mehr als 50.000 Menschen für eine solidarische und vielfältige Zivilgesellschaft.

19. Juli 2024

### Großer Erfolg: »Tax the Rich« erreicht deutsches Quorum

Seit der Unterstützung der Kampagne durch Attac ab dem Frühjahr 2024 ist die Anzahl der Unterschriften rapide angestiegen: Vor allem durch die zahlreichen Attac-Regionalgruppen, die unter anderem am 1. Mai an vielen Orten in Deutschland die Kampagne bekannt gemacht

5. – 11. August 2024

### System Change Camp

Unter dem Motto »Gemeinsam, gegen rechts, für ein Klima der Gerechtigkeit« fand Anfang August das System Change Camp 2024 in Erfurt statt. Das Campleben beschäftigte sich mit Selbstorganisation und vielen Workshops zu Strategien für eine klimagerechte Welt, wie Kämpfe verbunden und rechte Kräfte zurückgedrängt werden können. Attac beteiligte sich am vielfältigen Programm und war mit Aktiven vor Ort.

August 2024

### Attac unterstützt »Pro Human Campaign«

Die israelische Sektion von Amnesty International hat zu Beginn des Jahres die »Pro Human Campaign« ins Leben gerufen – Attac Deutschland ist der Initiative nun beigetreten. Das globale Netzwerk von Organisationen und Aktivist\*innen zielt darauf ab, sowohl der Entmenschlichung von Israelis, Jüd\*innen, als auch von Bewohner\*innen des Gaza-Streifens, von Palästinenser\*innen sowie von Muslim\*innen auf der ganzen Welt entgegenzuwirken.

## Handelsmacht China

## Retter oder Bösewicht?



Foto: timo074/photocase.de

Der Blick auf ist China ist hierzulande sehr widersprüchlich: Für manche ist es ein alternatives Entwicklungsmodell zum Westen und eine Hoffnung für die Länder des Südens, für andere der Bösewicht – nach innen repressiv und nach außen aggressiv. Die Wirklichkeit liegt, wie so oft, dazwischen.

China ist es in den letzten zwanzig Jahren gelungen, von der verlängerten Werkbank westlicher Konzerne zu einem mächtigen globalen Player aufzusteigen. Nach einer radikalen Privatisierungspolitik um die 2000er Jahre stiegen zunächst Arbeitslosigkeit und Kriminalität stark an. Durch strategische Industriepolitik, Kapitalverkehrscontrollen, staatlich koordinierte Ökonomie und den Zugriff auf billige Arbeitskräfte, insbesondere Wanderarbeiter\*innen, verlief die Öffnung zum Weltmarkt relativ geplant und erfolgreich. Ökonomisch kann die chinesische Entwicklung als Paradebeispiel für eine erfolgreiche nachträgliche Eingliederung einer randständigen Wirtschaft in den Weltmarkt gelten. Betrug Chinas Anteil 1978 noch 1,7 Prozent am globalen Bruttosozialprodukt, so stieg er bis 2022 auf enorme 18,5 Prozent. Geopolitisch bietet der Staat für viele Länder des Südens eine Orientierung: Er stellt sich deutlich gegen die Handels- und Außenpolitik der USA und der EU und findet dafür international Bündnispartner.

Diese neue Rolle führt zu Ungleichgewichten und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen China und den Staaten des globalen Südens, zu einer Zuspitzung der globalen ökonomischen Konkurrenz und zu geopolitischen Konflikten insbesondere mit den USA und der EU.

**China heute**

Zwar ist es China gelungen, den Hunger zu bekämpfen, gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit jedoch enorm zugenommen. Viele Kader der Kommunistischen Partei konnten große Privatvermögen anhäufen: Eine neue Klasse von Kaderkapitalist\*innen hat sich herausgebildet, die ökonomische ist mit der politischen Macht eng verflochten. Heute wird in China der größte Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Privatunternehmen produziert, und dort werden auch die meisten Menschen beschäftigt. Das Land ist eine autoritäre kapitalistische Gesellschaft, allerdings mit ausgeprägter staatlicher Wirtschaftspolitik. Der Chinaexperte Felix Wemheuer beschreibt in seinem Buch »Land der Widersprüche und Vielfalt« den chinesischen »Gesellschaftsvertrag« so: Das Regime garantiert permanente Wohlstandssteigerung sowie Freiheiten im Privatleben, solange das System nicht in Frage gestellt wird. Wie lange dies bei sinkenden Wachstumsraten und bei einer Arbeitslosigkeit von knapp 20 Prozent bei den 16- bis 24-Jährigen funktionieren wird, ist allerdings fraglich.

**Chinas Rolle in der Weltwirtschaft**

2015 hat die chinesische Regierung den Plan »Made in China 2025« beschlossen: Das Land will bis 2025 in ausgewählten Bereichen Weltmarktführer sein. Bereits 2016 ist China zum größten Markt für Pkw, Elektrogroßgeräte und Smartphones sowie der zweitgrößte für Flugreisen geworden. Es ist gemessen an den jährlichen Zuwachsraten einer der global wichtigsten Investoren, liegt allerdings bei ausländischen Direktinvestitionen noch weit hinter den USA

und der EU. Die Abhängigkeit nicht-chinesischer Produzenten vom chinesischen Binnenmarkt ist inzwischen enorm: Große Teile der US-Exporte gehen nach China, und für viele asiatische Länder ist China der größte Absatzmarkt. Mit der 2013 gestarteten Belt-and-Road-Initiative (»Neue Seidenstraße«) versucht China Asien, Europa, Afrika und Lateinamerika durch eine globale kontrollierte Handels- und Produktionsinfrastruktur zu verbinden und tritt damit in Konkurrenz zu westlichen Konzernen

Chinas Integration in die Weltwirtschaft hat zu einer Ausweitung des Kapitalismus als herrschender Wirtschaftsordnung geführt. Das Land ist vom Investitionsobjekt westlicher Konzerne zum mächtigen Konkurrenten geworden. Dies befeuert die Konflikte um Marktzugänge, Investitionsschutz und geistige Eigentumsrechte. Dabei konkurrieren nicht nur Konzerne miteinander, sondern verschiedene Kapitalismus-Typen, deren zentrale Konfliktlinien vor allem in unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen insbesondere in der Handelspolitik liegen.

**Reaktionen des Westens**

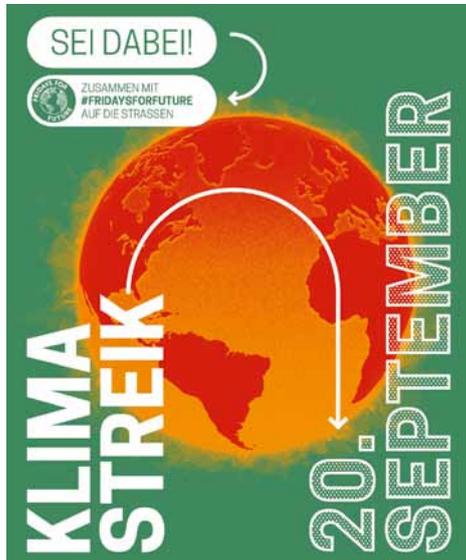
Die USA und die EU sehen ihre Vormachtstellung durch China gefährdet. Die USA reagieren mit einer aggressiven Konfrontationsstrategie: Mit Angriffszöllen und gegen Hightech-Sektoren gerichtete Sanktionen. In der 2023 von der deutschen Regierung formulierten Chinastrategie wird China gleichzeitig als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale gesehen. Eine Entkoppelung von der chinesischen Wirtschaft wird nicht angestrebt, jedoch eine Minderung von Risiken und Abhängigkeiten.

China ist also weder Retter noch Bösewicht. Das Land hat sich zu einem autoritären kapitalistischen Land entwickelt, das die ökonomische Vorherrschaft des Westens herausfordert, aber keine solidarische Alternative bietet. Für die arm gemachten Länder des Südens erweitern sich die Zusammenarbeitsoptionen, China hilft ihnen jedoch nicht, ihre Abhängigkeit abzustreifen. Die Dämonisierung der chinesischen Konkurrenz im Kampf um Marktanteile und Profite ist heuchlerisch und verschleiert, dass es schlicht um gegenläufige ökonomische Interessen geht. Mit einer gerechten Wirtschaftsordnung hat dies wenig zu tun.

**Thomas Eberhardt-Köster** ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

## Klimastreik

## Klimaschutz geht nur sozial gerecht!



Fridays for Future und die weltweite Klimabewegung haben sicherlich dazu beigetragen, dass die Klimakrise im öffentlichen Bewusstsein angekommen ist. Doch die 1,5-Grad-Grenze der Vereinten Nationen ist in weite

Ferne gerückt. Corona, Ukraine-Krieg, geopolitische Konkurrenz, soziale und andere Krisen haben das Thema in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund gerückt.

Es ist höchste Zeit, dass die Klimabewegung mit ihren Protesten wieder deutlich sichtbar wird. Deshalb rufen wir als Teil eines breiten Bündnisses zum Globalen Klimastreik von Fridays for Future am Freitag, den 20. September 2024 auf.

Weltweit nehmen Wetterextreme rasant zu. Wir sehen also was uns droht. Wenn wir so weitermachen, wird in vielen Ländern des Südens ein Leben in naher Zukunft nicht mehr möglich sein. Und trotzdem wird von Teilen der Politik gegen Klimaschutz Stimmung gemacht und werden konkrete Maßnahmen verhindert. Weiterhin werden fossile Projekte gefördert. Die AfD leugnet die Klimakrise und spaltet die Gesellschaft. Aber auch die Bundesregierung sorgt mit ihrer Rücknahme klimapolitischer Maßnahmen und ihrer unsozialen Sparpolitik für soziale Ungleichheiten und Spannungen.

Klimaschutz, der von einem großen Teil der Menschen akzeptiert und mitgetragen wird, geht jedoch nur sozial gerecht. Wir müssen endlich deutlich mehr in Klimaschutz und soziale Sicherheit investieren. Der notwendige Wandel kann nur solidarisch und sozial gerecht gelingen. Dies bedeutet auch, die Länder des Globalen Südens bei Klimaschutz und Klimaanpassung zu unterstützen.

Als wir zu Hunderttausenden auf den Straßen waren, haben wir politische Zeichen gesetzt. Jetzt sind wir wieder gefragt, für Klimaschutz und Gerechtigkeit laut zu werden. Für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit, für Zukunftsinvestitionen und gegen das fossile Weiter-so gehen wir am 20. September bundesweit auf die Straße!

Aufruf zum Globalen Klimastreik:

[klima-streik.org/infos/aufruf](https://klima-streik.org/infos/aufruf)

Mobi-Set bestellen:

[klima-streik.org/mobi-set-bestellen](https://klima-streik.org/mobi-set-bestellen)

## Tax the Rich

## Endspurt bei der Unterschriftensammlung



Foto: Attac Flensburg

Noch bis zum 9. Oktober läuft die Unterschriftensammlung für die Europäische Bürger\*innen-Initiative »Tax the Rich«. Schon jetzt ist diese Sammlung ein Riesenerfolg: Am 19. Juli wurde mit 67.680 Unterschriften das Quorum für Deutschland erreicht. Dazu hat Attac maßgeblich beigetragen, sowohl durch eine intensive Verbreitung der Online-Sammlung, aber vor allem mit der Hilfe zahlreicher Aktivist\*innen aus Regionalgruppen, die besonders am ersten Mai auf den Straßen, auf Marktplätzen, bei Stadtfesten und in Fußgängerzonen Unterschriften gesammelt haben.

Doch das Ziel ist noch nicht erreicht. Zum einen muss in mindestens sieben EU-Ländern das Quorum erreicht werden, und zum anderen müssen EU-weit eine Million Unterschriften zusammenkommen. Deshalb ist das nächste Ziel, bis zum Ende der Sammlung 100.000 Unterschriften aus Deutschland zu erreichen. Das ist ein ambitioniertes, aber

machbares Ziel! Für die Woche vom 9. September ruft Attac deshalb eine Sammelaktionswoche aus.

Bereits jetzt hat »Tax the Rich« ein starkes Zeichen gesetzt: Sehr viele Menschen erwarten von der Politik eine angemessene Besteuerung der Reichen. Dass staatliche Finanzierungsprobleme immer wieder auf Normalverdienende abgeladen werden und gleichzeitig riesige Vermögen unangetastet bleiben, können wir uns nicht mehr leisten. Deshalb fordert Attac weiterhin Steuergerechtigkeit – und wird das Thema auch in Hinblick auf die kommende Bundestagswahl auf die Agenda setzen!

Unterschriftenlisten bestellen:

[jakob.migenda@attac.de](mailto:jakob.migenda@attac.de)

Link zur Online-Unterzeichnung:

[attac.de/tax-the-rich](https://attac.de/tax-the-rich)

Menschen in Attac

# Mit alten Denkweisen brechen



Foto: Stephanie Handtmann

Mechthild Kilian, 72, ist Kunstvermittlerin und aktiv bei Attac Rosenheim. Außerdem engagiert sie sich auch auf Bundesebene.

## Mechthild, warst du schon immer ein politischer Mensch?

Politisch aktiv bin ich, seit ich ungefähr siebzehn Jahre alt war. In der Zeit der schwarzen Bürgerrechtsproteste in den USA, als Angela Davis, eine schwarze Professorin, ins Gefängnis gesteckt wurde, gründeten sich auch in Deutschland so genannte Angela-Davis-Komitees. Wir haben in München viele Infostände zu dem Thema organisiert. Da ging es manchmal hoch her; unsere »Freiheit für Angela Davis«-Stände waren immer schnell auch von Alt-Nazis umringt.

Ich habe dann mein Abitur nachgemacht und bin aus dem Bayern des Franz Josef Strauß lieber zum Studium nach Bremen gezogen. Kurz zuvor war ich noch in die DKP eingetreten, war in Bremen im MSB Spartakus und an der Hochschule erste weibliche AStA-Vorsitzende. Vor rund dreißig Jahren bin ich dann schließlich über kleine Umwege doch wieder in Bayern, jetzt allerdings in Rosenheim, gelandet.

Mit dem Zerfall der realsozialistischen Länder habe ich mich von meinen parteipolitischen Aktivitäten zurückgezogen. SPD oder Grüne waren für mich keine echte Option, und so habe ich mich dann nach einem neuen politischen Zusammenhang umgeschaut.

## Warum ist es für dich Attac geworden?

Das Tolle an Attac war und ist für mich, sich auf der einen Seite wirklich fundiert mit Inhalten auseinanderzusetzen, und auf der anderen Seite auch konkret aktiv zu werden. Nicht nur ein Vortrag nach dem anderen, sondern eben auch raus auf die Straße für Kampagnen, Aktionen oder Demos. Und für mich ganz entscheidend war auch, dass Aktionen zivilen Ungehorsams bei Attac dazugehören. Ich halte zivilen Ungehorsam für eine ausgesprochen wichtige Aktionsform, die ja auch durch das Grundgesetz gedeckt ist und gerade angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise an Legitimität gewinnt.

## Du engagierst dich in der Regionalgruppe Rosenheim, aber auch in zwei bundesweiten Zusammenhängen: Der Attac-AG gegen rechts und dem FLINTA\*-Plenum. Warum diese beiden?

Soziale Ungerechtigkeit war immer etwas, das mich auch emotional empört hat, und weshalb ich aus meiner privilegierten »weißen« Position heraus aktiv werden will. Gleichzeitig ist auch klar, dass es viele verschiedene Formen der Diskriminierung gibt – trotz meiner privilegierten »weißen« Position erlebe ich natürlich auch Diskriminierung als Frau. Und: Es sind nicht nur »Cis-Frauen«, die von patriarchaler Diskriminierung betroffen sind. Diese Unterschiedlichkeit wird versucht, mit dem Begriff FLINTA\* zu fassen. Ich persönlich bin eine so genannte Cis-Frau, das heißt, ich fühle mich mit meinem biologischen Geschlecht im Einklang, aber es gibt eben ganz viele Menschen, bei denen es nicht so ist.

Ich habe beruflich viel mit geschichtlichen Themen zu tun. Ich mache zum Beispiel in München Stadtführungen, und da auch Touren auf den Spuren des NS in München. Ich denke, bei der starken Ablehnung dieses Themas in Deutschland spielt der Aspekt der NS-Vergangenheit eine große Rolle. Die faschistische Erziehung folgte einem klar binären Weltbild: Hier die Frauen, die sich in dem für sie abgesteckten Rahmen bewegen und entsprechend viele Kinder kriegen sollen. Und auf der anderen Seite die tapferen, heldenhaften, soldatischen Männer. Und diese Denkweise ist nach 45 Jahren nicht verschwunden, sondern wurde über die Großeltern weitergegeben. Deshalb braucht es eine bewusste Auseinandersetzung, um damit zu brechen.

Die AfD wiederum greift auf die knallharte Binarität, wie sie der Faschismus propagierte, zurück. Sie weiß das Fremdeln mit der Anerkennung verschiedener Geschlechtsidentitäten perfekt für sich zu nutzen. Ihr beständiges Werten gegen die von ihnen so genannte »Gender-Gaga-Politik« ist für sie der Kitt, um an die gesellschaftliche Mitte anzudocken.

Grundsätzlich erfordert ein Überwinden dieses binären Denkens ja, dein bisheriges Weltbild zu hinterfragen. Das ist immer eine Herausforderung, auch in eher linken Zusammenhängen. Aber genau deshalb finde ich gut, dass wir uns auch in Attac und im FLINTA\*-Plenum damit beschäftigen, denn sich und seine Positionen regelmäßig zu hinterfragen ist eine wichtige Sache.

## Was steht denn bei dir in nächster Zeit in Attac an?

In der AG gegen rechts beschäftigen wir uns gerade mit unserer Beteiligung an einer Kampagne für ein AfD-Verbot. Oft höre ich dazu: Ist es denn nicht undemokratisch, eine Partei zu verbieten, die so viel Zuspruch erhält? Aber dazu habe ich eine klare Haltung. Natürlich stimmt es, dass sich Verbote in der Regel sehr schnell mehr gegen links als gegen rechts richten, weshalb es gut überlegt sein muss, welche Verbote man fordert. Aber wenn eine Partei eindeutig unsere demokratische Ordnung abschaffen will, wenn sie mit rechtsradikalen Politiker\*innen besetzt ist, muss sich eine Demokratie auch schützen können, und dafür gibt es Verbotsverfahren. Damit überzeuge ich zwar nicht diejenigen, die bisher AfD gewählt haben, aber ich entziehe der Partei wenigstens die Strukturen, die sie ansonsten nutzen kann, wenn sie in den Parlamenten sitzt. Und ich verhindere, dass sie, ähnlich wie zum Beispiel in Ungarn, die Justiz als unabhängige Instanz abschaffen kann.

Häufig wird auch gesagt, nun ja, die NSDAP wurde ja auch verboten, und es hat nichts genützt. Aber gerade dieses Beispiel ist interessant, denn die NSDAP wurde damals in allen Ländern der Weimarer Republik verboten – außer in Bayern. Und genau von dort aus haben sie sich nach dem Putschversuch reorganisiert und sich wiederaufbauen können, um dann nach der Machtübernahme 1933 die Diktatur zu errichten. Und diese Gefahr geht meiner Meinung nach auch von der AfD aus. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir uns auch als Attac deutlich gegen die AfD positionieren!

Neuer Attac-Basistext

# Demokratie in Gefahr? – 75 Jahre Grundgesetz



Ist die Demokratie in Gefahr? Und ist das Grundgesetz gegen eine Machtübernahme durch Nazis und Rechtspopulisten gewappnet? 75 Jahre Grundgesetz bieten Anlass zu einer kritischen Bestandsaufnahme.

Der aufhaltsame Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD) hat nicht nur zu einer massiven Protestwelle der »Zivilgesellschaft« gegen rechts, sondern auch zu neuen Diskussionen über die Möglichkeiten geführt, wie eine autoritäre Wende in Deutschland zu verhindern ist.

Der 75. Geburtstag des »Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland« am 23. Mai 2024 bietet Anlass, einigen Entwicklungen und Fragen nachzugehen:

- Ist das Grundgesetz eigentlich antifaschistisch?
- Welche Bedeutung haben die Sozialstaatsbestimmung und andere Vorschriften für die Entwicklung des Sozialstaats?

- Welche Möglichkeiten für eine Demokratisierung der Wirtschaft beispielsweise durch die Vergesellschaftung von Konzernen bietet das Grundgesetz?
- Auf dem Boden von Unsicherheit und Verunsicherung gedeiht die Sehnsucht nach dem Alten. Bietet das Grundgesetz ausreichend Vorkehrungen gegen eine Zerstörung der Demokratie?
- Reicht die Ewigkeitsklausel, die Menschenwürde, Demokratie und Sozialstaat als unabänderlich festschreibt, für die Ewigkeit?
- Und ist das Grundgesetz besser gegen Nazis gewappnet als die Weimarer Reichsverfassung?

Antworten geben Andreas Fisahn, Kristina Hagmeister, Thomas Schmidt, Melanie Engels, Ridvan Ciftci und Hande Yazıcıoğlu.

Andreas Fisahn (Hrsg.): Demokratie in Gefahr? – 75 Jahre Grundgesetz, AttacBasistext 61, 96 Seiten, EUR 8.50

Der neue Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter [attac.de/shop](https://attac.de/shop), telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: [datschutzbeauftragter@attac.de](mailto:datschutzbeauftragter@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.  
Tel. 069-900 281-10  
E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)  
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand mit der Deutschen Post

## Reiche gerecht besteuern – Klimaschutz sozial gestalten!

Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des gesamten Reichtums und stößt zugleich mehr CO<sub>2</sub> aus als die ärmere Hälfte zusammen. Soziale Ungleichheit bedroht nicht nur Demokratien und hält Menschen in Armut; auch der Klimawandel ist eng mit ihr verknüpft. Gemeinsam müssen wir deshalb an beiden Problemen gleichzeitig ansetzen – dabei brauchen wir Hilfe!  
Der bisherige Verlauf der Europäischen Bürger\*innen-Initiative (EBI) »Tax the Rich« ist ein hoffnungsvolles Signal (siehe auch Seite 9). Das Quorum in Deutschland ist bereits erreicht und zeigt: Es ist höchste Zeit für die Besteuerung großer Vermögen. Attac engagiert sich dafür schon seit vielen Jahren. Und auch in

Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl im kommenden Jahr wird es wichtig sein, dieses Thema in der Öffentlichkeit zu halten und Druck zu machen für eine gerechte Steuerpolitik. Wir haben noch viel vor: Webinare, Veranstaltungen, Hintergrundmaterial, Infostände, Aktionen und nicht zuletzt die aktive Arbeit an umfassenden Konzepten für eine gerechte Steuerpolitik, in der eine Vermögenssteuer nur eine von vielen Maßnahmen ist – wenn gleich eine zentrale. All das kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld, und deshalb brauchen wir finanzielle Unterstützung. Ganz leicht geht das unter [attac.de/spenden](http://attac.de/spenden) oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!



Foto: Attac Dortmund

## Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: [attac.de/jetzt-erst-recht](http://attac.de/jetzt-erst-recht)

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2403

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE